



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

was für ein Jahr! Wir schauen auf ein Jahr große Koalition in Niedersachsen. Wir schauen auf 18 Jahre Parteivorsitz von Angela Merkel. Wir schauen auf einen neuen Aufbruch, eine neue Bewegung in der CDU und wir schauen in dieser Plenarwoche auf den größten Landeshaushalt in der Geschichte Niedersachsens, ohne neue Schulden und ohne strukturelles Defizit.

Diesen optimistischen Schwung müssen wir jetzt nutzen, um die CDU auch zukünftig zur stärksten politischen Kraft zu machen.

Bevor wir jetzt in das Europawahljahr 2019 starten, wünschen wir Zeit und Ruhe, um neue Kraft zu tanken und ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest!

Ihr

Kai Seefried

Seefried und Dammann-Tamke: Investitionen in Innovation, Sicherheit und Bildung - Landkreis Stade profitiert

Landkreis Stade/Hannover. Nach intensiven Beratungen des Landeshaushaltes haben sich die Landtagsfraktionen von CDU und SPD auf Ergänzungen im Landeshaushalt in Höhe von rund 60 Millionen Euro geeinigt. Schwerpunkte der Haushaltsvorschläge bilden die Themen Sicherheit, Innovationen und Bildung.

„Gerade auch mit Blick auf den Landkreis Stade konnten wir in den Haushaltsberatungen der Fraktion gute Ergebnisse erreichen“, betont der CDU-Landtagsabgeordnete, Helmut Dammann-Tamke. „Ich freue mich besonders, dass es uns gelungen ist, endlich wieder Geld für eine **Luft- und Raumfahrtprogramm** in den Haushalt aufzunehmen“, so der CDU-Landtagsabgeordnete und CDU-Generalsekretär Kai Seefried. Hierfür stehen im nächsten Jahr 3 Millionen Euro zur Verfügung, die insbesondere für den Airbus und CFK Forschungsstandort Stade von hoher Bedeutung sind.

Für mehr Sicherheit in Niedersachsen werden **200 zusätzliche Polizeianwärter-Stellen** geschaffen. Zusätzlich werden 2 Millionen Euro für eine verbesserte Sicherheitsausstattung der Polizei zur Verfügung gestellt. Die **Hilfsorganisationen die im Katastrophenschutz** organisiert sind, erhalten für notwendige Investitionen zusätzlich 1,5 Millionen Euro.

„Die Förderung des Ehrenamtes hat für uns eine besonders hohe Bedeutung“, so Helmut Dammann-Tamke. Kai Seefried ergänzt: „Jeder hier eingesetzte Euro ist gut angelegt“. Daher wird es im nächsten Jahr wieder eine **Investitionsprogramm für kleine Kulturträger** in einer Höhe von 2,5 Millionen Euro geben. Für das erfolgreiche Programm **„Wir machen Musik“**, das auch durch die Kreisjugendmusikschule angeboten wird, gibt es weitere 500.00 Euro.

„Viel diskutiert wurde im Landkreis Stade auch über die Finanzierung der Erwachsenenbildung, insbesondere im Bereich der **Volkshochschulen**. Wir freuen uns, dass die Grundförderung der Volkshochschulen im nächsten Jahr in einem ersten Schritt um 3% erhöht wird“, so die beiden Abgeordneten. Eine gute Nachricht gibt es auch für das derzeit im Landkreis erfolgreich angebotene Projekt der **Integrationsmoderatoren**, das derzeit unter dem Dach des Berufsbildungswerkes Cadenberge angeboten wird. Statt das Projekt im nächsten Jahr auslaufen zu lassen,



wird es auch zukünftig weitergeführt und mit 1,5 Millionen Euro unterlegt. Die **Landschaftsverbände** erhalten unter anderem für die Plattdeutsch Förderung zusätzlich 350.000 Euro.

Einen wirklicher Durchbruch konnte beim **Schulgeld** erreicht werden: Zum Schuljahresbeginn 2019 sollen angehende Erzieherinnen und Erzieher sowie Auszubildende in den Gesundheitsberufen kein Schulgeld mehr bezahlen. Um dem Bedarf in der **Lehramtsausbildung** gerecht zu werden, wird die Grundförderungen um 6 Millionen angehoben. Berufsbildende Schulen sollen im nächsten Jahr **50 zusätzliche Sozialarbeiter** und die allgemeinbildenden Schulen **50 zusätzliche Stellen für Pädagogische**

Mitarbeiter zur Bildung von Multiprofessionellen Teams mit Blick auf die schulische Inklusion erhalten. Neben den Haushaltsvorschlägen der Fraktionen von CDU und SPD wird der Landeshaushalt durch Anmeldungen der Ministerien um weitere rund 90 Millionen Euro erhöht. In diesen Bereich fällt auch die landesseitige Finanzierung der sogenannten "Landmilliarde des Bundes" in Höhe von 36 Millionen Euro. "Damit können **Wirtschaftswege, Dorfgemeinschaftshäuser oder kleine Läden zur Grundversorgung im ländlichen Raum** gefördert werden. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftswege ist ein enormer Bedarf für Reparatur bzw. Unterhaltung gerade auch im Landkreis Stade entstanden", so Dammann-Tamke und Seefried. Insgesamt erhöht sich der Haushaltsentwurf damit um rund 150 Millionen Euro.

Dammann-Tamke und Seefried: 100 Millionen Euro für unsere Sportstätten – Koalition bringt Sportstättenanierung auf den Weg

Landkreis Stade. „Wir bringen gemeinsam mit der SPD und der Landesregierung ein Sportstättenanierungsprogramm auf den Weg, von dem auch der Landkreis Stade profitieren kann“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried. „Bis zu 100 Millionen Euro aus der sogenannten VW-Milliarde stehen jetzt für die Sanierung kommunaler Sport- und Vereinssportstätten zur Verfügung. Wir können einen Beitrag dazu leisten, unsere bestehende Sportinfrastruktur zu erhalten und den vorhandenen Sanierungstau deutlich zu reduzieren.“ Das Sportstättenanierungsprogramm soll eine Laufzeit von Beginn 2019 bis Ende 2022 haben. „Es soll kein ‚Windhund-Prinzip‘ geben“, betont Helmut Dammann-Tamke. „Stattdessen sind vier Antragsstichtage während der Laufzeit des Programms geplant, damit jede Kommune die Chance hat, von dem Programm zu profitieren.“ Gefördert werden sollen kommunale Sporthallen, Hallenschwimmbäder und Sportfreianlagen sowie darüber hinaus Sportleistungszentren und Vereinssportstätten. „Das Innenministerium erarbeitet zurzeit die entsprechenden Förderrichtlinien, die zum 1. Januar 2019 in Kraft treten sollen“, so Seefried. „Ich bin stolz darauf, dass die CDU-Fraktion maßgeblich an dem Programm mitgewirkt hat. Diese Arbeit wird sich auch auf den Landkreis Stade positiv auswirken. Ich freue mich darauf, dass wir mit diesen Mitteln Vereins- und kommunale Sportstätten bei uns vor Ort sanieren können.“



Endlich Schluss mit dem Pfeifton

Stade. Bereits seit Jahren läuft die Diskussion um die Schließung des Bahnüberganges „Am Lichtenberge“ in Stade-Hagen. Hintergrund ist die nicht vorhandene Sicherung des Bahnüberganges, so dass jeder Zug vor der Überquerung ein Warnsignal abgeben muss. Dies gilt auch für den sehr regelmäßig auf dieser Strecke fahrenden Metronom. „Es wird Zeit, dass die Belastung für die Anwohner endlich beendet wird“, fordert der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried. In enger Abstimmung mit der Ortsbürgermeisterin Inge Bardenhagen hat Seefried umgehend nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen die Gelegenheit zu Beginn genutzt, um mit Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann Kontakt aufzunehmen und um Unterstützung zu bitten. Im Zeitraum vom 5. Mai bis 7. Juni erfolgte die Auslegung der notwendigen Planfeststellungsunterlagen. Am 20.9.2018 wurde

der notwendige Planfeststellungsbeschluss erlassen. Auch mit dem Antragssteller zur Schließung und Umfahrung des Bahnüberganges der Eisenbahnen und Verkehrsbetrieben Elbe-Weser (EVB) hat Seefried Kontakt aufgenommen. Seitens der EVB sind alle notwendigen Anträge für eine Umsetzung im kommenden Jahr gestellt. Als nächste Schritte müssen Vereinbarungen zwischen der Hansestadt Stade und der für die Planung zuständigen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr geschlossen werden. Die notwendige Kreuzungsvereinbarung ist seitens der Hansestadt bereits unterzeichnet. Bei einem zügigem Abschluss der Vereinbarungen und der notwendigen Genehmigungen könnte eine positive Entscheidung im Frühjahr 2019 und eine bauliche Umsetzung im Spätsommer erfolgen.

Meyer: Regierungskoalition setzt Enquetekommission zur medizinischen Versorgung in Niedersachsen ein – Ergebnisse werden zügig vorgelegt



Hannover. Nach abschließender Beratung im Niedersächsischen Landtag haben die Regierungsfractionen von CDU und SPD die Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ beschlossen. Die Enquetekommission besteht aus insgesamt 27 Abgeordneten und Experten und nimmt noch im Dezember ihre Arbeit auf. Die bis spätestens Anfang des Jahres 2020 vorliegenden Ergebnisse sollen noch in dieser Legislaturperiode in konkrete Maßnahmen münden.

Dazu der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Meyer: „Die Frage, wie wir auch in Zukunft eine flächendeckende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen sicherstellen können, gehört zu den drängendsten unserer Zeit. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir Antworten auf diese Frage finden.“ Mit Blick auf den steigenden Fachkräftebedarf und die demografische Entwicklung dürfe man in diesem zentralen Bereich der Daseinsvorsorge allerdings keine Zeit verlieren: „Deshalb erhält die Enquetekommission den klaren Auftrag, bis spätestens Anfang 2020 Ergebnisse vorzulegen. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode fraktionsübergreifend zu konkreten Maßnahmen kommen.“

Hiebing: Der erste Standort für den Bau eines LNG-Terminals in Deutschland muss in Niedersachsen liegen

Hannover. „LNG ist ein wichtiges Thema für Niedersachsen und ich freue mich, dass unser gemeinsamer Antrag mit der SPD wichtige Akzente für die Nutzung von Flüssiggas setzt. Schließlich verfügen wir mit Stade und Wilhelmshaven gleich über zwei Standorte, die sich hervorragend für die Ansiedlung eines LNG-Terminals eignen“, sagt der hafenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernd-Carsten Hiebing, im Rahmen der Plenardebatte zur Einrichtung von Flüssiggasterminals an der niedersächsischen Nordseeküste. „Wir setzen mit unserem Antrag nicht nur auf die positiven Effekte im Bereich einer emissionsärmeren Schifffahrt, sondern auch auf Chancen im Güterverkehr auf der Straße.“



Bis zum Jahresende soll auf Bundesebene entschieden werden, welcher Standort den ersten Förderbescheid für den Bau eines LNG-Terminals erhält. „Unser Antrag setzt ein klares Zeichen dafür, dass dieser Standort in Niedersachsen liegen muss. Mein Dank gilt an dieser Stelle auch unserem Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann, der sich dafür in Berlin immer wieder stark gemacht hat“, betont Hiebing. Mit Blick auf die Verweigerungshaltung der Grünen ergänzt der Hafenspolitiker: „Es ist bedauerlich, dass wir bei diesem wichtigen Thema kein einstimmiges Signal für den LNG-Standort Niedersachsen setzen konnten. Wenn man wie die Grünen nach einer wirksamen Maßnahme gegen Schiffsdiesel sucht, dann sollte man bei LNG anfangen.“

Toepffer: Werbeverbot für Abtreibungen – Volksparteien müssen kompromissbereit sein



Hannover. Mit Blick auf die aktuelle Debatte auf Landes- und auch Bundesebene, den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches zu ändern beziehungsweise ersatzlos zu streichen, äußert sich der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer, wie folgt: „Volksparteien müssen kompromissbereit sein. Kompromissbereit heißt, von der Maximalforderung zurückzutreten und sich auf etwas zu einigen, mit dem alle Beteiligten leben können. Den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches ohne Änderung beizubehalten oder ersatzlos zu streichen, hat nichts mit

Kompromissbereitschaft zu tun.“

Die CDU-Fraktion habe es sich in den vergangenen Wochen nicht leicht gemacht, einen Kompromiss zu finden. „Die bundesweite Debatte hat noch einmal verdeutlicht, dass der Paragraph 219a dringend reformiert werden muss. Frauen benötigen einen unkomplizierten Zugang zu sachlichen Informationen, die einen möglichen Schwangerschaftsabbruch betreffen. Was wir nicht wollen, ist Werbung für Schwangerschaftsabbrüche“, betont Toepffer. Der Gruppenantrag von CDU und SPD sieht aus diesem Grund eine Änderung des Paragraphen 219a vor, Schwangerschaftsabbrüche „in werbenden Absicht“ unter Strafe zu stellen, aber nicht mehr lediglich das öffentliche Anbieten und Ankündigen ebendieser.

Hinsichtlich der politischen Debatte auf Bundesebene sagt Toepffer abschließend: „Unser Antrag hätte eine Blaupause für Berlin sein können. Es ist schade, dass FDP, Linke und Grüne wenig Kompromissbereitschaft bei dem Thema zeigen. Ich kann verstehen, wenn die CDU auf Bundesebene bei diesem Verhalten ihre Bemühungen um einen Kompromiss aufgibt und am Ende gar nichts passiert.“

Miesner: Maximale Versorgung statt maximaler Erlöse – CDU will flächendeckende und verlässliche 5G-Abdeckung

Hannover. Vor dem Hintergrund der Kritik von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek an der in Niedersachsen geplanten 5G-Versorgung „bis zur letzten Milchkanne“ hat der CDU-Wirtschaftspolitiker Axel Miesner die gesellschaftliche wie ökonomische Bedeutung eines flächendeckenden und verlässlichen Mobilfunknetzes betont. Im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde warnte Miesner davor, die ländliche Bevölkerung abzuhängen: „Wir sind keine Menschen zweiter Klasse. Auch wir wollen einen leistungsstarken Netzanschluss für Arbeit und Freizeit nutzen. Der Netzausbau ist die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung, gerade auf dem Lande.“



Kritik übte Miesner vor allem an der von der Bundesnetzagentur geplanten Versorgung von 98 Prozent aller Haushalte. „Das hört sich zwar gut an, aber was ist mit den verbleibenden zwei Prozent? 98 Prozent der Haushalte befinden sich auf gerade einmal 80 Prozent der Fläche unseres Landes. Ein Fünftel bleibt damit ein ‚weißer Fleck‘ auf der Karte, inklusive Straßen, Gewerbegebiete und Tourismusstandorte. So ist das nicht gedacht!“ Es könne nicht sein, dass Stadt und Land unterschiedlich behandelt werden. Richtig sei daher das Vorgehen von Wirtschaftsminister Bernd Althusmann, der das Motto „Maximale Versorgung statt maximaler Erlöse“ ausgegeben habe. „Zu oft haben wir uns auf die Zusagen der Telekommunikationsunternehmen verlassen, und dann gab es das große Erwachen. Trotz enormer Einnahmen hat diese Vergabe nicht zu einer entsprechenden Mobilfunkversorgung geführt. Unser Anspruch muss doch sein, auch hier ‚Weltspitze‘ zu werden.“

Seefried: Wolfsangriff nicht einfach abtun

Nach dem Angriff auf einen Gärtner in der Gemeinde Bülstedt fordert Kai Seefried, Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, das niedersächsische Umweltministerium auf, die Hinweise auf einen Wolfsangriff nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. „Der Verdacht auf einen Wolfsangriff konnte nicht ausgeräumt werden. Das

Umweltministerium sollte den vermeintlichen Wolfsangriff nicht einfach abtun. Olaf Lies wäre deshalb gut beraten, ein zweites Gutachten einzufordern. Die Ergebnisse des bisher einzigen Gutachtens haben für mehr Unsicherheit und Verwirrung gesorgt“, meint Seefried. Ein Gutachten des Senckenberg-Instituts konnte nicht klären, von welchem Tier der Gärtner gebissen worden war.



Menschliche Unversehrtheit an erster Stelle

„Die Unversehrtheit der Menschen muss an erster Stelle stehen“, stellt Kai Seefried klar. „Das Prinzip ‚Im Zweifel für den Angeklagten‘ zieht in diesem Fall nicht. Der angegriffene Gärtner hat ein Wolfsrudel erkannt und das sollte man ernstnehmen!“ Für den Generalsekretär der CDU in Niedersachsen steht fest, dass Wölfe bejagt werden müssen, wenn sie eine Gefahr für die Menschen darstellen. „Es geht hier um einen potenziellen Angriff eines Raubtieres auf den Menschen. Ich kann sehr gut verstehen, wenn sich die Anwohner nun Sorgen machen“, so Seefried abschließend.

Seefried und Dammann-Tamke: Landkreis Stade profitiert von Ortsdurchfahrten-Sanierung

Landkreis Stade. Der Niedersächsische Landtag hat mit der Verabschiedung des Haushalts für 2019 beschlossen, zusätzliche Mittel für die Sanierung von Landesstraßen bereitzustellen. Im nächsten Jahr wird das Land 30 Millionen Euro mehr ausgeben, um die Infrastruktur überall in Niedersachsen zu verbessern. Bei den zukünftig bereitstehenden Mitteln in Höhe von 115 Millionen Euro handelt es sich um einen historischen Höchststand für Landesstraßen. Mit den zusätzlichen Mitteln wird der Zustand des über 8.000 Kilometer langen Landesstraßennetzes mit seinen 4.500 Kilometer Radwegen deutlich verbessert werden.

Hervorzuheben ist insbesondere das auf vier Jahre angelegte Sonderprogramm Ortsdurchfahrten. Alle fünf Jahre lässt das Land den Zustand seiner Landesstraßen und Radwege überprüfen. Dieser „Straßen-TÜV“ zeigte im Jahr 2015 eine deutliche Verbesserung des Zustands der niedersächsischen Landesstraßen. Die 1.600 Kilometer Ortsdurchfahrten konnten von dieser Entwicklung allerdings nicht im gleichen Maße profitieren. Mit jeweils 15 Millionen Euro steht für 2019 und 2020 nun die erste Tranche bereit, mit der Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen saniert werden. Davon profitiert auch der Landkreis Stade: „Jetzt schaffen wir die finanziellen Möglichkeiten, um endlich eine Verbesserung des Zustands insbesondere der Ortsdurchfahrten zu erreichen“, zeigt sich der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried zufrieden. „Besonders freuen wir uns, dass wir sowohl bei der Ortsdurchfahrt der L 114 in Oldendorf als auch bei der Ortsdurchfahrt der L 125 in Dollern ausreichend Mittel zur Verfügung haben, um den Straßenzustand deutlich zu verbessern“, so die beiden Landtagsabgeordneten Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried.

In ganz Niedersachsen kann mit dem Programm die Sanierung oder sogar die Grunderneuerung von 66 Ortsdurchfahrten umgesetzt werden. Die Baumaßnahmen sollen bereits im nächsten Jahr beginnen. Für Helmut Dammann-Tamke ist wichtig, dass langfristig gedacht wurde: „Über die in den nächsten beiden Jahren zu sanierenden Ortsdurchfahrten hinaus wird es auch danach ein solches Sonderprogramm geben. Damit ist es möglich, manche Versäumnisse der letzten Jahre jetzt aufzuholen und das niedersächsische Straßennetz fit für die Zukunft zu machen“.

Für dieses zweite Sonderprogramm bereitet die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) nun eine Auswahl der zu sanierenden Ortsdurchfahrten vor. Danach sollen Straßen in weiteren Orten saniert werden. Für die konkrete Auswahl wird noch eine intensive Abstimmung mit den Gemeinden und Kommunen erfolgen. Und auch der Radverkehr profitiert: Auch für die 4.500 km Radwege an den niedersächsischen Landesstraßen wurden die Mittel verdoppelt.

TERMINE KAI SEEFRIED

14. Dezember 16 Uhr

Eröffnung Weihnachtsmarkt
Drochtersen

16. Dezember 15 Uhr

Weihnachtsmarktaktion mit Sönke
Hartlef auf dem Stader Weihnachts-
markt

31. Dezember 7 bis 11 Uhr

Glücksschwein-Aktion 2018

12. Januar 18 Uhr

Neujahrsempfang des Runden Tisches
Kutenholz

16. Januar 11 Uhr

Neujahrsempfang der IHK Elbe-Weser

16. Januar 15 Uhr

Neujahrsempfang der
Kassenärztlichen Vereinigung in
Stade

20. Januar 11.30 Uhr

Neujahrsempfang des Lions Club
Kehdingen

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

16. Dezember 14.00 Uhr

Weihnachtsmarkt Buxtehude

10. Januar 18.30 Uhr

MIT Neujahrsempfang Buxtehude

16. Januar 11.00 Uhr

Neujahrsempfang IHK Stade

16. Januar 15.00 Uhr

Neujahrsempfang Kassenärztliche
Vereinigung Stade

17. Januar 11.00 Uhr

Traditionelles Treffen der
Agrarsprecher in Berlin

18. Januar 15.00 Uhr

Grüne Woche Berlin

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine
kleine Auswahl der Termine der beiden
Landtagsabgeordneten.*



www.cdu-stade.de

**Wir wünschen Ihnen
gesegnete Weihnachten**

und ein gutes und gesundes neues Jahr!

Helmut Dammann-Tamke MdL Kai Seefried MdL

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt:

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de